Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/532

24. 06. 87

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

UNCTAD VII: Fortsetzung des Dialogs zwischen Industrie- und Entwicklungsländern

Seit UNCTAD VI 1983 hat sich die Lage der Weltwirtschaft insgesamt positiv entwickelt, auch wenn einige Risiken und Ungleichgewichte fortbestehen. In den Industrieländern wurde die Inflation gestoppt, die Zinsen sind zurückgegangen, und das Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft ist gestärkt. Das Wirtschaftswachstum hält im fünften Jahr an. Mehrere Entwicklungsländer konnten in den letzten Jahren Fortschritte erzielen, in vielen anderen jedoch wird der Entwicklungsprozeß durch interne und externe Ursachen beeinträchtigt. Zu den ungünstigen externen Faktoren gehören vor allem der wachsende Protektionismus und die anhaltende Schwäche der meisten Rohstoffpreise. Die Schuldenlast mancher Schwellenländer und der ärmsten Entwicklungsländer hemmt deren Entwicklungsprozeß.

Eine präzise Analyse der differenzierten Lage in den Entwicklungs- und Industrieländern sowie eine intensivere, partnerschaftliche Kooperation sind das Gebot der Stunde. Die siebte Welthandels- und Entwicklungskonferenz muß dafür genutzt werden.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß UNCTAD VII für Industrie- und Entwicklungsländer eine Gelegenheit bietet, um die jeweiligen Probleme im Einzelfall zu erörtern und um angepaßte Lösungen anzustreben.

2. Der Deutsche Bundestag bekräftigt die Zielsetzung von UNCTAD VII zur Zurückdrängung des Protektionismus und zur Verbesserung des multilateralen freien Welthandelssystems. Er fordert die Bundesregierung auf, sich gemeinsam mit den EG-Ländern für eine möglichst weltoffene Handelspolitik gegenüber den Entwicklungsländern einzusetzen.

   Der Deutsche Bundestag hält verstärkte Anstrengungen zur besseren Information der Entwicklungsländer über das Allgemeine Zollpräferenzsystem der Europäischen Gemeinschaft für wünschenswert. Dieses System sollte vor allem für Industriegüterexporte der Entwicklungsländer günstiger gestaltet werden.

3. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß schwankende Rohstoffpreise Ausdruck des Marktgeschehens sind und nicht durch staatliche Eingriffe verhindert werden können. Wichtiger sind marktkonforme Maßnahmen, wie die Stabilisierung der Rohstoffexporterlöse der Entwicklungsländer sowie die Förderung der Weiterverarbeitung und Vermarktung von Rohstoffen. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer flankierend zu unterstützen.

4. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

   — sich bei UNCTAD VII für eine ausgewogene Analyse der Lage in Industrie- und Entwicklungsländern einzusetzen;

   — auf eine stabilitätsorientierte Wachstumspolitik, vor allem weltweit auf Marktoffenheit und permanente Strukturanpassungen besonderen Wert zu legen;

   — die Bedeutung von Privatinvestitionen für den Wachstums- und Entwicklungsprozeß hervorzuheben und

   — dazu beizutragen, daß in der Weltwirtschaft das gegenseitige Vertrauen und die internationale Zusammenarbeit gefördert werden.

5. Da generelle Lösungen wie z. B. ein allgemeiner Schuldenerlaß oder eine Begrenzung des Schuldendienstes, z. B. auf bestimmte Prozentsätze der Exporterlöse nicht geeignet sind, das für eine Normalisierung der Finanzbedingungen erforderliche Vertrauen zu schaffen, fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf,

   — zur Stärkung der Funktionsfähigkeit der internationalen Finanzinstitutionen beizutragen, damit diese die ihnen übertragenen Aufgaben zur Überwindung von Zahlungsbilanzkrisen und zur Förderung von Strukturanpassung und Wachstum noch wirksamer erfüllen können;

   — gemeinsam mit Gläubiger- und Schuldnerländern die Anstrengungen verstärkt fortsetzen, die Verschuldungsprobleme zu bewältigen. Dabei sollen die Gläubigerländer auch künftig im Pariser Club durch Umschuldungsvereinbarungen mit hochverschuldeten Entwicklungsländern und bilateral durch Zinserleichterungen nach Lage des Einzelfalles dazu beitragen, daß diese Länder die erforderlichen Reform- und Anpassungsprogramme durchführen können;

   — sich weiterhin um die qualitative und quantitative Verbesserung der Öffentlichen Entwicklungshilfe zu bemühen; dabei sollten verstärkt jene Entwicklungsländer unterstützt werden, die durch Eigenanstrengungen sowie politische und wirtschaftliche Reformen die Selbsthilfe ihrer armen Bevölkerungsschichten erleichtern.

Bonn, den 24. Juni 1987

Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion
Mischnick und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333